

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

2.3.1849 (No. 52)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 2. März.

N. 52.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzugsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelber frei.
Erpedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Deutsche Reichsversammlung.

Frankfurt, 27. Febr. (178. Sitzung.) Mittermaier beantwortet im Namen des Gesetzgebungsausschusses eine früher an diesen gestellte Zwischenfrage.

Tagesordnung: Weitere Berathung des Reichs-Wahlgesetzes.

§. 13 Die Wahlhandlung ist öffentlich. Bei derselben sind Gemeindeglieder beizuziehen, welche kein Staats- oder Gemeindeglied sind. Das Wahlrecht muß in Person ausgeübt, die Stimme mündlich zu Protokoll gegeben werden.

Legitimer Satz hat ein Minoritätsbericht folgende Bestimmung entgegengesetzt:

Das Wahlrecht wird in Person durch Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Grävell, der eisgraue Politikus, erhält das Wort, spricht aber so leise, daß ihn kein Mensch versteht; ich glaube, er hat für den Entwurf gesprochen.

Waig redet für den Entwurf. Er beginnt mit dem Satz: „Die rechte Seite des Hauses war erstauert, ein Minoritätsgutachten zu sehen, unterschrieben von Männern, welche in allen Dingen die Deffentlichkeit als Banner aufzupflanzen pflegen, ein Minoritätsgutachten, welches gleichwohl geheime Abstimmungen verlangt.“ (Murren auf mehreren Seiten des Hauses.) Der Redner schildert Redlichkeit, Worthalten, offenes Spiel als die erste Pflicht, geht dann über zu einer Lobrede auf sein Heimatland Holstein, wo mehr als sonstwo Selbständigkeit des Charakters sich ausgebildet habe, und erhebt eine scharfe Anklage gegen Parteien, die, im innersten Wesen verschieden, sich gleichwohl für augenblickliche Zwecke vereinigen. (Angriff auf den Hauptstamm des Bundes der Linken und der Oesterreicher.) Er schließt mit den Worten: „Deutschland bedarf einer festen Politik gleich dem freien England und dem absoluten Rußland; diese Festigkeit werden wir nur dann erlangen, wenn wir ein festes Wahlgesetz haben.“

Auf Waig folgt Nauwerck aus Berlin. Seine Rede besteht in einer Reihenfolge von Spöttereien auf die Treßlichkeit der Nordaltinger, auf das rechtliche Gebahren des Hrn. Waig, der je nach Umständen bald den Fuchs, bald das Schaaß, bald den Wolf herauskehre, auf die Uneigenmächtigkeit und Charakterfestigkeit der rechten Seite des Hauses, die vor einigen Tagen durch einen Jensus die Hälfte der deutschen Nation vom Wahlrechte ausschließen wollte und heute dem gemeinen Mann die Tugenden eines Brutus andichte etc. Bei der öffentlichen Wahl herrsche die Verschönerung, bei der geheimen herrsche die Wahrheit. Welche Art sey nun besser?

Haumer (der Geschichtschreiber) spricht für die öffentliche Abstimmung, weil die Erfahrung Englands und anderer Völker für sie Zeugniß abgibt. Er gebe zu, daß Einschüchterung, List, Gewalt vielen Spielraum bei dem öffentlichen Wahlverfahren habe, aber noch größere Nachtheile seien mit dem entgegengesetzten Systeme verbunden.

Rosmäßler aus Tharand vertheidigt das Minoritätsgutachten. Ein dürrer, phantastischer Schulmeister, weiß er die Aufmerksamkeit des Hauses nicht zu fesseln.

Am Schlusse hatte Rosmäßler gesagt, es handle sich bei den Wahlen nicht um Sachen, sondern um Personen. Beseleer aus Greifswalde, der auf Rosmäßler folgt, ruft aus: „Meine Herren, nicht um Personen, sondern um eine Sache handelt es sich, nämlich um die Sache des Vaterlandes. Wir haben beim Ausschusse, dem ich angehöre, den uralten Grundsatz germanischer Freiheit den Sieg zu verschaffen gesucht.“ Bei den Worten „germanische Freiheit“ bricht auf der linken Seite des Hauses schallendes Gelächter aus. Der Redner bezeichnet Dies als Respekt und beruft sich auf die Verdienste, die er sich als Mann der Wissenschaft um das deutsche Volk und die Freiheit erworben.

Vogt von Gießen: „Fürchten Sie nicht, meine Herren, daß ich eine von Selbstlob geschwängerte Rede auf mich selbst oder gar auf den trefflichen Stand der Professoren halten werde. Ah, die einzigen Männer, die auf der Tribüne die edelsten Grundsätze der Welt im Munde führen, und hindereinander nach sehr kleinen, sehr eigennütigen Gesichtspunkten handeln und abstimmen. Ja, ja! die Deffentlichkeit ist zu allen Dingen gut. Nun, meine Herren! geben Sie uns diese Deffentlichkeit in den Ministerien, in den geheimen Räten, dann wollen wir auch von Herzen gern die Deffentlichkeit der Wahlen bewilligen.“ In gleichem Tone geht es fort, mit Wigen aller Art untermischt, worauf der Redner unter schallendem Beifall abtritt.

Wigard spricht gleichfalls für die geheime Abstimmung. Er beginnt mit einem reumüthigen Bekenntnisse, daß er im Ausschusse Anfangs gestrauchelt habe, ob geheime oder offene Abstimmung vorzuziehen sey. Ueberlegung habe ihn eines Bessern belehrt etc.

Als Berichterstatter der Mehrheit des Verfassungsausschusses vertheidigt sofort Kieffer aus Hamburg den Entwurf, indem er die Gründe für die Deffentlichkeit entwickelt. Großen Eindruck macht es, als Kieffer bemerkt, in mehreren Staaten der nordamerikanischen Union sey die geheime Abstimmung abgeschafft worden, und wo sie noch bestehe, häuften sich die Bestrebungen, das offene Verfahren einzuführen.

Die Abneigung komme hauptsächlich von den zahllosen Betrügereien her, welche bei den geheimen Abstimmungen unterzulassen pflegen.

Da beschlossen worden ist, über §. 13 und 14 zusammen abzustimmen, geht man zu §. 14 über. Derselbe lautet so:

Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist eine zweite Wahlhandlung vorzunehmen. Wird auch bei dieser eine absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so ist zum dritten Male nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche in der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Fuchs aus Breslau beginnt mit einer philosophisch-historischen Begriffsbestimmung vom eigentlichen und höchsten Zwecke des Staates. Als bald geräth das Haus in Bewegung, und eine Masse Abgeordneter eilt nach den Thüren. Unerwartet fährt Fuchs fort, den Entwurf zu bekämpfen und indirekte Wahlen als vernunftgemäß zu empfehlen.

Schubert aus Königsberg spricht in demselben Sinne. Reichensperger, der auf Schubert folgt, bekämpft gleich seinen Vorgänger den Verfassungsentwurf.

Hildebrand aus Marburg spricht für direkte Wahlen. Nachdem er abgetreten, wird Vertagung der Diskussion beantragt und genehmigt. (Schluß der Sitzung.)

Adresse des vaterländischen Vereins in Nassau.

Hohe deutsche Reichsversammlung!

Jeder Deutsche, der mit Herz und Sinn seinem Vaterland ergeben ist, und somit das Wohl desselben aus allen Kräften zu fördern sucht, hat seit den denkwürdigen Märztagen Alles freudig begrüßt, was sein Vaterland der Freiheit, der Einheit, der Macht zuführen konnte. Eben so aufrichtig trauert er über Alles, was seit jenen Tagen der Erhebung des deutschen Volkes geschah, um das große Werk der Erlösung des Vaterlandes zu verkümmern, zurückzuhalten, oder gar zu zerstören.

Wir gaben uns der Hoffnung hin, daß Alle ohne Unterschied, Volksführer, Regierungen, und Fürsten, die auf unsere zu gestaltenden Geschicke einwirken können, dem reinen Zuge der echten Vaterlandsliebe folgen würden.

In dieser Hoffnung wurden wir seit Jahr und Tag schon vielfach getäuscht.

Als feste Zerföhlerin unserer Hoffnung droht in neuester Zeit unsere Erbfeindin aufzutreten, die heillose, seit 33 Jahren allen Volksfreiheiten feindliche Kabinetts- und Dynastienpolitik.

Betrachten wir die gegenwärtige politische Lage Deutschlands, so erblicken wir bei vielen deutschen Höfen selbstsüchtige Sonderbestrebungen, nur bei wenigen ein wahrhaftiges, ehrlich gemeintes Streben nach dem schönen Ziele der Einheit. An den nördlichen Gestaden sehen wir eine deutsche Regierung, die allen Bemühungen, die das erstehnte Ziel der deutschen Einheit herbeiführen sollen, immer neue und neue Hindernisse in den Weg legt, und trotz der deutschen Gesinnung des Volkes auf Sondergelüste sinnt. Eine andere, größere, findet sich in dem Herzen von Deutschland, die ihren Beitritt zur deutschen Sache an immer neue und anmaßendere Bedingungen knüpft, die von je her durch ihre jesuitischen Künste alle Bestrebungen im deutschen Sinne vereitelte. Dort im Südosten unseres Vaterlandes ist eine europäische Macht, ein Staat, dessen Regierung in neuester Zeit den Weg einer volkstümlichen Verfassung betrat, als sie dem Drängen der Völker nachgeben mußte, die aber immer offener wieder dem alten System des Absolutismus huldigt.

Oesterreichs Politik, namentlich die Politik eines Metternich, war von je her eine dem einigen, freien Deutschland feindliche, darauf hinausgehend, seine Hausmacht auf Kosten eines einigen, freien Deutschlands zu vergrößern. Diese Politik liegt in der Note vom 4. Februar d. J. klar vor Augen, woraus die Stiftung eines Sonderbundes deutlich hervorgeht.

Schon hat deswegen der Bevollmächtigte der badischen Regierung im Namen derselben eine energische Note in Frankfurt abgegeben, und dieser Erklärung der badischen Regierung, daß sie für die große deutsche Sache alle Opfer zu bringen bereit sey, daß sie sich aber entschieden dagegen verwahre, diese Opfer bloß im Interesse anderer deutscher Staaten zu bringen, die vielleicht deren dynastische Bestrebungen befriedigten, keineswegs aber für die Sache des großen Vaterlandes fördernd erscheinen“ — psüchten wir vollkommen bei.

Der badische Bevollmächtigte in Frankfurt hat sich nicht getäuscht, wenn er am Schlusse seiner dem Reichsministerium und den Bevollmächtigten der Einzelstaaten gegenüber abgegebenen Erklärung die Erwartung ausdrückt, daß unser Großherzog in seiner bereits bethätigten geraden, gerechten, und echt deutschen Gesinnung von der Stimme seines Volkes und von der öffentlichen Meinung der deutschen Nation unterstügt werde. Er war es ja, der lange vor dem Jahr 1848 in Zeiten der politischen Bevormundung seinem Volke die verheißenen Rechte einräumte, die der unselige Bundestag alsbald wieder zernichtete. Er ist jetzt

wieder der Erste, der alle das Volkswohl bedingenden Freiheiten gewährleistet. Er war der Erste, der sich erklärt hat, seine fürstlichen Vorrechte auf den Altar des Vaterlandes niederzulegen. Er hat Dieses nur in der Voraussetzung gethan, daß auch die übrigen deutschen Fürsten zu gleichen Opfern bereit seyen, anstatt in sonderbündlerischem Uebermuthe über andere sich erheben zu wollen.

Die Reichsversammlung hat bei ihrem Entwurf einer Reichsverfassung die Idee des Bundesstaates zu Grunde gelegt, und somit sowohl den Einheitsstaat, dessen Wirklichkeit gegenwärtig nicht ausführbar und für Deutschland keineswegs ersprießlich wäre, als auch den alten Staatenbund, dessen Dhmacht wir 33 Jahre hindurch zur Genüge kennen gelernt haben, verworfen. Gleichberechtigung nach Verhältnis von Größe und Macht, dies ist der Grundsatz, der sich durch das ganze Verfassungswerk hindurchzieht. Auch wir Badener halten fest daran. Wir wollen kein Anschließen an eines der bestehenden Königreiche, um demselben als Anhängsel zu dienen, ohne daß die Sache der deutschen Einheit Etwas dadurch gewänne. Wir wollen einen mächtigen Bundesstaat, in welchen sich Baden als ein lebensfrisches, kräftiges Glied einreihen wird. Wir wollen an der Spitze desselben ein mächtiges Oberhaupt, möge dieses nun heißen, wie es wolle; ein Oberhaupt, dem sich jeder einzelne Staat in allgemein deutschen Angelegenheiten unbedingt unterordnen soll.

Wir sagen es offen, wir wollen auch keinen Anschluß des kerndeutschen österrichischen Stammes aus dem zu gründenden Bundesstaate; aber wir sagen eben so unverhohlen, wir wollen auch keine Rückkehr zum alten Staatenbunde, den Oesterreich unverhüllt wieder anstrebt, und lieber ein starkes, freies, und einiges Deutschland ohne Oesterreich, als ein ohnmächtiges, dem abermaligen Gespötte des Auslandes preisgegebenes, und zum falschen Spiele Metternich'scher Diplomatie dienendes Deutschland mit Oesterreich. Wer es offen und ehrlich mit uns meint, soll zu uns treten, und wenn er auch der Kleinste wäre, er wird groß werden durch die Stimme des Volkes, und größer, als man durch russische Allianzen zu seyn wähnt.

Die deutsche Reichsversammlung halte daher fest an dem Prinzip der Volkssouveränität und lasse sich nicht irre machen durch diplomatische Künste, Einschüchterungen, oder Drohungen der Kabinette. Wir anerkennen keine andere Großmacht, als das ganze deutsche Volk selbst. In ihm allein wurzelt der Baum deutscher Selbständigkeit und Macht, dessen Früchte es nicht mehr als Geschenk eines Mächtigen betrachten, sondern, selbst ärtend, zu seinem eigenen Frommen verwenden wird. Mag der k. k. österrichischen Regierung vorzuschweben, was da will, nur dem deutschen Volke bleibt die Aufgabe: „ein nach außen festes und mächtiges, im Innern starkes und freies, organisch gegliedertes, in sich einiges Deutschland zu schaffen.“ Nur die Bevollmächtigten des deutschen Volkes, nicht die vormärzlichen Großmächte, haben den Weg der Vereinbarung zu bezeichnen und zu betreten.

Dies, hohe deutsche Reichsversammlung, ist unsere Gesinnung, Dies unser Streben, das wir offen darlegen, wofür wir mit Gut und Blut einzustehen bereit sind.

Wir fordern daher Euch, Vertreter des deutschen Volkes, die ihr leider vielleicht nur zu lange gezaubert habt, die Verhältnisse unseres Vaterlandes endgültig und fest zu regeln, auf, unverzüglich das deutsche Verfassungswerk zu vollenden, namentlich an die Spitze des deutschen Bundesstaates jene durchaus deutsche Macht zu stellen, die geneigt und im Stande ist, alle das Werk der Einigung und Kräftigung hindernde Machinationen der Kabinetts- und Dynastienpolitik zu zernichten.

Deutschland.

Karlsruhe, 28. Febr. (154. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des ersten Vizepräsidenten Keller.)

Neben einer Anzahl Petitionen werden folgende Kommissionsberichte übergeben: Durch Arnspurger über den Gesetzentwurf wegen Abänderungen im Forstgesetze, durch Baum über den Gesetzentwurf, die Kommunalsschulen betreffend, und durch Speyerer über das Budget des Finanzministeriums. Die Kammer beschließt deren Vordruck.

Hierauf berichtet Baum Namens der in letzter Sitzung ernannten Kommission über die von derselben getroffene Auswahl derjenigen Geschäfte, welche auf gegenwärtigem Landtage noch zu erledigen sind, und bemerkt, daß erwähnte Kommission, von den in der Sitzung vom 10. d. M. ausgesprochenen Grundsätzen ausgehend, diese Geschäfte in solche abtheilte, die nothwendig erledigt werden müssen, und in solche, deren Erledigung empfohlen werde, sofern diese Erledigung in der Zwischenzeit, ohne die Verhandlungen in der Hauptsache aufzuhalten, stattfinden könne. Es gebe nämlich während der Bearbeitung der erstgenannten Geschäfte in dieser, so wie in der andern Kammer jedenfalls so viel freie Zeit, daß noch über einige andere Gesetzentwürfe und Motionen Beratungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt werden könnten; seyen aber die als nothwendig be-

zeichneten Arbeiten vollendet, so solle, ohne auf die fernere empfohlenen Rücksicht zu nehmen, der Schluss des Landtags beantragt werden.

Als Geschäfte ersterer Art wurden vorgeschlagen, und diese Vorschläge der Berathung in abgekürzter Form ausgesetzt:

1) Das Budget für das Jahr 1849 nebst dem Finanzgesetze.

Christ fragt, wie lange die Budgetkommission wohl Zeit zu ihren Arbeiten brauche, und erhält von dem Vizepräsidenten Weller zur Antwort, daß ein Theil der diesfalligen Regierungsvorlagen sich noch unter der Presse befinde, daher die Zeit noch nicht so genau angegeben werden könne.

Baum: Es seyen zur Zeit mehrere Mitglieder der Budgetkommission nebst dem Vorstande derselben (v. Zschlein) in Frankfurt, was wohl eine bedeutende Verzögerung herbeiführen dürfte; doch glaube er, die Kommission werde ein Auskunftsmitglied darin finden, daß sie die Berichterstattung andern Mitgliedern übertrage.

Blankenhorn: Man müsse die Frankfurter Abgeordneten einberufen, oder sie auffordern, ihre Arbeiten einzusenden; dann könnten alle Budgetarbeiten, sofern nicht alle Tage öffentliche Kammeritzung abgehalten werde, innerhalb vier Wochen ihre Erledigung erhalten.

Zentner empfiehlt zunächst die Vollenbung des Berichtes über das außerordentliche Budget, welchen v. Zschlein zu erstatten habe, indem darauf eine Menge armer Leute im Lande und insbesondere auch in seinem Wahlbezirke, der jüngst durch ein großes Brandunglück heimgesucht worden, mit Sehnsucht harre, und durch die in solchem zu bewilligenden Straßenbauten Verdienst und Arbeit erwarte.

Staatsrath Bekk: v. Zschlein habe ihm die Gründe geschrieben, warum er im Augenblicke nicht erscheinen könne, daß er aber in der nächsten Woche kommen werde.

Schaaß schließt sich in Beziehung auf den Ddenwald Zentner's Erklärung an, und kann nicht begreifen, warum man so lange mit dem Bericht über das außerordentliche Budget zuwartet, den ja nicht gerade v. Zschlein erstatten müsse. Zugleich ersucht der Redner die Regierung um weitere, von ihm schon in früheren Sitzungen beantragte Vorlagen behufs des Straßenbaues im Ddenwalde.

Schmitt unterstützt Zentner und Schaaß, und Den nig bemerkt, daß v. Zschlein den fraglichen Bericht nächstens erstatten werde.

Als noch auf diesem Landtage zu erledigend werden von der Kommission ferner bezeichnet:

2) Der Gesetzentwurf, den Holzzerlös aus Staats-Domanienwäldungen und den Aufwand für Domänenmeliorationen betreffend.

3) Die Gesetzentwürfe, die Ausstattung der Papiergeld-Einlösungskasse und die Aufnahme eines Anlehens für die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.

4) Die Verwaltungsorganisation.

5) Der Gesetzentwurf wegen Errichtung eines selbständigen Verwaltungs-Gerichtshofes.

6) Der Gesetzentwurf über das Staatschreiberei-Wesen und jener wegen Ueberweisung von Rechtspolizei-Geschäften an die Gerichte.

7) Die künftige Landesverfassung nebst einem Wahlgesetze.

8) Das Pensionsgesetz und die Revision des Staatsdieners-Ediktes, wenigstens so weit sich letzteres auf die Pensionen bezieht.

9) Endlich der Gesetzentwurf über die Wein- und Biersteuer.

Presinari beantragt, auch noch jene Gesetze unter die Klasse der auf diesem Landtage zu erledigenden Geschäfte aufzunehmen, welche von der Zweiten Kammer bereits beraten und der Ersten Kammer zugegangen sind. Als solche bezeichnet er: die Gerichtsverfassung, die Amtsgerichts-Ordnung, das Gesetz über die Vermögenssteuer, über das Papiergeld, und über die Erb- und Schupflehen-Modifikation.

Lamey glaubt, die Kammer sollte das Pensionsgesetz und die Revision des Staatsdieners-Ediktes unter den hier zur Erledigung vorgeschlagenen Geschäften streichen. Eben so Christ, und zwar letzterer hauptsächlich aus dem Grunde, um den gegenwärtigen Landtag so schnell wie möglich zu beendigen und der nachfolgenden Versammlung die wichtigeren Geschäfte überlassen zu können.

Baum und Buhl sprechen sich dagegen aus, weil gerade bei der neuen Organisation viele Pensionirungen stattfinden werden, daher das Pensionsgesetz entweder vollständig geordnet seyn oder doch eine Bestimmung erhalten müsse, welche verhindere, daß sich die neuen Pensionäre auf solches berufen und durch den Einwand schützen können, daß ein neues Gesetz nicht rückwirkte.

Zittel verlangt von der Regierungsbank darüber Auskunft, ob nicht schon auf diesem Landtag ein Gesetz vorgelegt werde, welches unter Bezugnahme auf die Grundrechte die Stellung der Kirche zu dem Staat ordne. Der Redner führt aus, daß Dies jetzt schon zu thun um so wünschenswerther wäre, als sich später nach Abhaltung der Synodalversammlungen manche weitere Anstände ergeben dürften.

Staatsrath Bekk erkennt die Zweckmäßigkeit einer sofortigen Gesetzworlage an, welche auch erfolgt wäre, wenn die Regierung und Kammer nicht den baldigen Schluss des gegenwärtigen Landtages wünschen müßte. Böhme stellt und begründet den Antrag auf die Vorlage eines solchen Gesetzes und wird durch Zell unterstützt, von andern Rednern aber bekämpft, worauf die Kammer Böhme's und Lamey's Antrag verwirft, und jenen der Kommission mit Presinari's Zusätzen annimmt, beziehungsweise ausspricht, daß die von beiden letzteren bezeichneten Geschäfte noch auf diesem Landtage zu erledigen seyen.

Als solche Gesetze und Motionen, welche während der Bearbeitung der erstenannten zur Erledigung empfohlen werden, benennt die Kommission folgende:

1) Bereits vorgelegte Gesetze: Jenes über die Staats-

und Gemeindebeamten, welche ohne Noth ihre Stellen verlassen. Das Wiesenkultur-Gesetz. Die Regierungsvorlage über die Abänderung des §. 7 des Preßgesetzes (Aufhebung der Kautionen). Ueber die Rübenzucker-Steuer. Ueber die Abänderung des Forstgesetzes. Ueber Einführung von Kommunalsschulen. Ueber Portofreiheit der Reichstruppen und über Leib- und Pfandhäuser.

2) Gesetze, deren Vorlage noch gewünscht wird: Ueber Aufhebung des Lehenverbandes (§. 39 der Grundrechte). Ueber Abänderung einiger Bestimmungen der Gemeindeordnung, veranlaßt durch die Aufhebung der Standesvorrechte. Ueber Aufhebung der Patronatsrechte. Ueber Aufhebung der Handlöhne und über Abänderung des Brandversicherungs-Gesetzes in Bezug auf die Stadt Rastatt und Umgegend.

3) Die Berichte der Kommission zur Aufhebung der provisorischen Gesetze, und folgende Motionen: Stößer's Motion in Betreff der Zehntablösung, und die Motion von Mez in Betreff der Mittel gegen die überhandnehmende Verarmung.

Buhl stellt in Bezug auf das Wiesenkultur-Gesetz den Antrag, dasselbe wegen der bevorstehenden Umgestaltung unserer Verwaltung nicht mehr zu beraten. Christ unterstützt den Antrag im Interesse der Geschäftsverringerung, Zittel aber darum, weil dieser Gegenstand den Kreisversammlungen zuzuwenden seyn werde. Blankenhorn und Ulrich sprechen sich gegen den Antrag aus, worauf derselbe, nachdem Staatsrath Bekk noch bemerkt, daß auch die Kreisversammlungen ein Wiesenkultur-Gesetz nöthig haben, verworfen wird.

Christ und Zell wollen auch den Gesetzentwurf über Kommunalsschulen zurückgelegt wissen, wogegen sich Zittel, Lamey, und Baum erheben. Die Kammer verwirft den Antrag der Ersteren.

v. Stoßhorn, durch Rettig unterstützt, beantragt auch noch Verathung des die Militär-Wittwenkasse betreffenden Gesetzentwurfs. Christ spricht sich dagegen aus, indem durch die Verathung dieses und der durch die Kommission in zweiter Reihe vorgeschlagenen Gesetze der Landtags-Schluss hinausgeschoben würde. Buhl glaubt hierin einen Vorwurf gegen die Kommission zu finden, als wolle diese die wichtigeren Arbeiten verzögern; er weist solchen zurück und erwidert, daß sowohl er als auch alle übrigen Kammermitglieder viel lieber jetzt schon nach Hause zurückkehren würden, als länger hier zu verweilen. Allein es handle sich darum, seine Pflicht zu thun und das Bewußtseyn mit sich zu nehmen, seiner Schuldigkeit auf das gewissenhafteste nachzukommen zu seyn. Blankenhorn und Schmitt schließen sich dieser Erklärung an, worauf Christ erwidert, er sey mißverstanden worden, indem er nur gesagt, daß durch die Verathung der in zweiter Reihe vorgeschlagenen Gesetze jene über die nothwendig zu erledigenden aufgehoben werden müßte, ohne daß er damit der Kommission irgendwie einen Vorwurf machen wollte. v. Stoßhorn's Antrag wird verworfen.

Presinari stellt den weitem Antrag, in jenem der Kommission die Gesetze zu streichen, deren Vorlage in zweiter Reihe noch gewünscht werde (also über Aufhebung des Lehenverbandes &c.), und der Regierung das Weitere zu überlassen. Die Kommission vereinigt sich mit diesem Antrage, den auch die Kammer annimmt. Eben so wird auf Blankenhorn's Vorschlag, den Lamey unterstützt, die beantragte Reklamation provisorischer Gesetze gestrichen, was auch auf Lamey's Antrag bei Stößer's Motion in Betreff der Zehntablösung der Fall war.

Nebst den bis dahin erwähnten Beschlüssen empfiehlt die Kammer den Berichtstattern möglichste Kürze und der Budgetkommission Beschleunigung ihrer Arbeiten; auch sollen die Mitglieder des Hauses, welche Petitionen einzureichen haben, nur deren Betreff angeben und sich jeder Bemerkung über dieselben bis zur Diskussion über die zu erstattenden Berichte enthalten. Was endlich letztere anbelangt, so seyen die wichtigsten zuerst und die minder wichtigen später vorzutragen. Eben so wird Kürze bei den Diskussionen im Allgemeinen, und dem Präsidenten die genaue Handhabung des §. 82 der Geschäftsordnung empfohlen, wornach kein Abgeordneter sich ohne Erlaubniß der Kammer von dem Versammlungsorte entfernen dürfe. Es seyen nämlich mehrere Abgeordnete ohne Urlaub abwesend, und unter diesen auch Mitglieder der Nationalversammlung, die aber auch in Frankfurt nicht gefunden werden können. Der Präsident möge daher die Abwesenden sogleich einberufen.

Zum Schlusse macht Presinari noch darauf aufmerksam, daß die jetzigen Kammerbeschlüsse mit dem durch Christ in der Sitzung vom 10. d. M. gestellten Antrage vollkommen im Einklange stehen, indem auch dort keine alsbaldige Kammerauflösung verlangt worden, und daß sonach diejenigen, welche der Kammermajorität diesfalls Vorwürfe machen wollen, solche auch auf die Minorität ausdehnen müßten.

Der Abg. Bauer zeigt durch ein Schreiben an den Präsidenten seinen Austritt an. Stößer verlangt über Verzeiger, der schon längere Zeit ohne Urlaub abwesend, Auskunft, worauf der Präsident erwidert, daß er demselben bereits geschriebe habe und Antwort erwarte.

Staatsrath Hoffmann legt einen Gesetzentwurf vor, die Aufhebung des Zolles von der Soda betreffend.

Hierauf wird Speyerer's Kommissionsbericht über die beiden Gesetzentwürfe, die Ausstattung der Papiergeld-Einlösungskasse und die Aufnahme eines Anlehens für die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse betreffend, zur Diskussion ausgesetzt. Ersterer lautet:

Die Ausstattung der Papiergeld-Einlösungskasse im Betrage von 700,000 fl. ist aus dem Domänengrundstock zu entnehmen, und diesem von der Amortisationskasse zu verzinsen.

Der zweite besagt nach den Anträgen der Kommission:

Art. 1. Die Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse ist ermächtigt, sich zu Rückzahlungen an die Amortisationskasse die baare Summe von 1,500,000 fl. durch ein Anlehen zu verschaffen.

Art. 2. Die Gläubiger erhalten für ihre Darlehen Obligationen, die

in Form und Inhalt denjenigen gleichen, welche den Gläubigern des in Folge des Gesetzes vom 26. Juni v. J. aufgenommenen Anlehens von 2 1/2 Millionen Gulden gegeben worden sind, mit der Abweichung:

1) daß andere Domänen als Unterpfand eingesetzt werden;

2) daß der Zins vom 1. Mai d. J. an läuft;

3) daß — vom 1. Mai an gerechnet — nach 4 1/2 Jahren die nur dem Staate zustehende Auffündigung, und nach 5 Jahren die erste Tilgung mit dem Tilgungsfonds dieser 4 1/2 Jahre, wenn nicht mit einer größeren Summe, erfolgt.

Art. 3. Das Finanzministerium begibt das Anlehen nach seinem Ermessen, jedoch nicht unter 95 Prozent des Nominalbetrags.

Da sich kein Redner zum Worte meldete, so wurde über beide Gesetzentwürfe namentlich abgestimmt, solche von der Kammer einstimmig angenommen, und die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag, 9 Uhr. Tagesordnung: Diskussion über Häusser's Kommissionsbericht über die Abänderung des §. 7 des Preßgesetzes, und über jenen von Lamey, die Verwaltungsorganisation betreffend.

Freiburg, 28. Febr. (N. Fr. 3.) Bei der heute stattgehabten Wahl des Bannerführers der hiesigen Bürgerwehr wurde der Bürgerwehr-Hauptmann Guido Krapp von Karlsruhe mit 96 von 113 Stimmen gewählt. Der Gewählte, von früher her in Freiburg bekannt, wo er mehrere Jahre studirte, gilt für einen gesinnungsfräftigen, talentvollen, und in militärischer Hinsicht äußerst gebildeten Mann, der sich bei der Organisation der Karlsruher Bürgerwehr besonders verdient gemacht hat.

Eine Deputation ist nach Karlsruhe abgegangen, um ihn mit dem Ergebnis der Wahl bekannt zu machen, und zu fragen, ob und unter welchen Bedingungen er die Wahl annehmen wolle.

Stuttgart, 28. Febr. (Schw. M.) Dem Vernehmen nach wird zur Auflösung des Postlebens-Vertrags mit dem Fürsten von Thurn und Taxis, und zur Uebernahme der Post in die Verwaltung des Staats in Folge der Bestimmungen der Grundrechte ein Gesetzentwurf vorbereitet; derselbe soll bereits dem k. Geheimen Rath zur Verathung vorliegen. Es ist davon die Rede, daß bereits am 1. April die Uebernahme durch den Staat statthaben dürfte.

Eine von dem Finanzministerium einberufene Kommission von Gewerbetreibenden und Mitgliedern der Abgeordneten-Kammer hat sich für die Ausgabe von Papiergeld zu Deckung des Ausfalls in den Finanzen ausgesprochen. Die zur Theilnahme an dieser Verathung eingeladenen Mitglieder der Kammer der Standesherrn waren nicht erschienen.

München, 27. Febr. (Allg. Z.) Das neueste Gerücht, welches unsere Stadt durchläuft, ist, daß Hr. Stockinger als Minister des Innern berufen und mit der Neubildung des Gesamtministeriums beauftragt sey. Hr. Heinz, heißt es weiter, würde unter diesen Verhältnissen Minister der Justiz verbleiben. Durch wen die übrigen Ministerstellen besetzt werden sollen, ist noch vollkommen ungewiß. Die so verschiedenen Namen, welche genannt werden, deuten darauf hin, daß in dieser Hinsicht nur ganz unsichere Gerüchte vorliegen.

Frankfurt, 25. Febr. (Nürnb. Korr.) Gestern wurde die erste Probe mit dem elektrischen Telegraphen zwischen Frankfurt und Kassel (eine Strecke von 36 Wegstunden) gemacht. Sie gelang vollkommen: in Zeit von fünf Minuten gelangte die Depesche von Frankfurt nach Kassel und die Antwort zurück.

Kassel, 24. Febr. (Nürnb. Korr.) Wir haben hier einige Tage in Erwartung republikanischer Schilderhebungen zugebracht; sogar das Militär hat sich, wie es heißt, bereit halten müssen, wenn etwa die Bürgerwehr den ergehenden Anforderungen nicht hätte entsprechen können. Indessen ist bis jetzt Nichts von Bedeutung vorgefallen; die wiederholt ausgesprochenen Gerüchte, Frankfurt siehe in Flammen &c., wurden ziemlich schnell durch telegraphische Depeschen widerlegt.

Zu der gestrigen Sitzung der Ständeversammlung wurde auf den Antrag Henkel's beschloffen, der hannoverschen Zweiten Kammer den freudigen Beifall der Versammlung hinsichtlich des Beschlusses über die Geltung der deutschen Grundrechte zu Protokoll auszusprechen. Der Beschluß wurde sofort nach der Begründung des Antrages mit einer an Stimmeneinhelligkeit gränzenden Mehrheit gefaßt.

Aus Thüringen, 25. Febr. (D. allg. Z.) Es verbreitet sich hier von gewöhnlich gut unterrichteter Seite her die Nachricht, daß der Fürst von Sonderhausen durch seinen Minister das offizielle Anerbieten in Berlin gemacht habe, seine Souveränität vollkommen und rückhaltlos an Preußen gegen Garantie einer Zivilliste abtreten zu wollen, so wie daß die Antwort bejahend ausgefallen sey.

Dresden. Von dem zurückgetretenen Ministerium ist in der Leipziger Zeitung folgende offene Erklärung erschienen:

Aus beinahe allen Theilen des Landes sind uns bisher Vertrauensschriften und Aufforderungen zugegangen, fernerin in unsern Aemtern zu bleiben. So dankbar wir auch dafür allen den Männern sind, die sich dabei betheilig haben, so wenig konnten wir diesen Aufforderungen entsprechen. Die Gründe dafür sind folgende:

Zu verschiedenen Malen haben wir uns öffentlich dahin ausgesprochen, daß wir ohne die Unterstützung der Mehrheit der Kammer die Verwaltung nicht fortführen würden. Diese Unterstützung fehlte uns nach unserer Ansicht schon damals, als wir vor vier Wochen Sr. Maj. dem König den Wunsch, unserer Aemter entbunden zu werden, darlegten. Jeder noch mögliche Zweifel darüber ist seit dieser Zeit verschwunden. Fast in allen formellen und materiellen Fragen, sowohl von geringerer als von grundsätzlicher Bedeutung, haben beide Kammern theils einstimmig, theils gegen eine geringe Minderheit sich wider die Regierung entschieden. Unter diesen Umständen blieb uns, wenn wir nicht durch Auflösung der jetzigen Kammer Berufung an das Volk einlegen wollten, Nichts übrig, als von unsern Aemtern zurückzutreten.

Nach reichlicher Erwägung haben wir uns für das Letztere entschieden. Sr. Maj. der König hat unsern Rücktritt genehmigt. Wir verlassen

daher unsern seitigen Wirkungskreis nach der Arbeit eines Jahres, das zu den inhaltlichen Werken in der Geschichte unseres Vaterlandes gerechnet werden wird. Die öffentliche Meinung wird über unser Thun und Lassen richten. Wie aber auch ihr Urtheil ausfallen möge, wir sind uns bewußt, die Zusagen treulich erfüllt zu haben, die in unserm mit freudiger Zustimmung vom Volke aufgenommenen Programm vom 16. März 1843 niedergelegt sind.

Dresden, 24. Februar 1849. Dr. Braun. Dr. v. d. Pforten. Robert Georgii. Oberländer. v. Buttlar.

Dresden, 26. Febr. Das neue Ministerium ist mit seinem Programm vor die Kammern getreten: in Bezug auf die Nationalversammlung — das sind die beiden Hauptpunkte darin — „wird es an dem Prinzip der Vereinbarung festhalten“; in Betreff der Grundrechte „sieht es in der sofortigen Verkündung derselben um so weniger ein Hinderniß, als durch das Einführungs-gesetz die etwaigen Nachtheile beseitigt werden“. Es ist eigentümlich genug, daß ein sogenanntes Bürokratenministerium ohne weiteres durchführt, was das recht eigentlich aus dem Volkswillen hervorgegangene Ministerium, dessen Nachfolger es geworden, beanstanden zu müssen glaubte. Wird diese captatio benevolentiae Erfolg haben?

Die Kammern haben das Programm und die dabei ausgesprochene Hoffnung, daß dasselbe die nötige parlamentarische Unterstützung finden werde, in tiefem Schweigen angehört. Die Auflösung mag vertagt werden, aber ausbleiben kann sie jetzt weniger als je.

Von der Weser, 27. Febr. Wir haben gegenwärtig die Marinekommission hier, welche im Auftrage der Zentralgewalt die Verteidigung der Küsten von Oldenburg, Hannover, Mecklenburg, und den Hansestädten zu überwachen hat. Die Oldenburgische Küste ist bereits besichtigt. Auf dem Daunsfeld bei Heggens werden Batterien vom schwersten Kaliber angelegt, die den Zugang zum Jade-Busen verteidigen, und Strandbatterien auf den Blerer Außenroden in Verbindung mit den Verteidigungsanlagen bei Bremerhaven sperren die Weser. Die Admiralität wird in Hamburg, Kommando's der Flottenstationen in Bremerhaven und Swinemünde ihren Sitz haben.

Bei all Dem wäre zu wünschen, daß unsere Verteidigungen fertig wären, denn Dänemark scheint wieder Ernst zu machen. Wir vernehmen eben, daß es neue Kommandanten für seine Seestationen an der Ostküste der Herzogthümer, in der Nordsee, und an der Westküste von Schleswig ernannt hat; der beiden letzten Geschwadern wären im Falle der Säumnis die Elb- und Wesermündungen rettungslos preisgegeben.

Berlin, 26. Febr. Wir feiern den ersten Tag wirklichen konstitutionellen Lebens, — mit ihm, Das hoffen wir, den Beginn einer glücklichen, ruhmreichen Zukunft. Unsere Regierung wird fortfahren, durch die That zu beweisen, daß sie die wahre Freiheit des Volkes will und dem Gesetze die gebührende Achtung zu verschaffen die Kraft hat; die Kammern, im Auftrage des Volkes, dessen gesunden Sinn sie theilen mögen, werden nicht vergessen, daß sie die Sünden der sogenannten Nationalversammlung vom vorigen Jahre zu sühnen, daß sie die Regierung in jenem Streben zu stützen, nicht zu schwächen haben. Nur dann dürfen wir erwarten, daß Preußen die innere Kraft und äußere Sicherheit gewinnt, welche nothwendig ist, wenn es seinen Beruf in Deutschland erfüllen soll.

Der Eröffnung der Kammern ging eine kirchliche Feier im Dom und in der katholischen St. Hedwigskirche voran; dort predigte der Hofprediger Strauß, hier der Oberkaplan Graupe, Beide der Feier des Tages angemessen. Dem Gottesdienste im Dom wohnte der König bei; er machte den Weg hin und zurück zu Fuß und wurde beide Male vom Volke mit Zuruf empfangen. Die Mitglieder der Linken nahmen an der kirchlichen Feier keinen Theil, der Eröffnung im Weißen Saale hingegen wohnten sie wider Erwarten bei. Der König wurde im Weißen Saale von den Abgeordneten mit Applaus empfangen; er verlas die Thronrede, nach deren Beendigung ihm ein dreimaliges Hoch gebracht wurde. Darauf erklärte der Ministerpräsident die Kammern für konstituiert, und lud sie ein, sich morgen früh nach ihren betreffenden Lokalitäten zu begeben.

Die Parteiverfassungen der Linken bei Milenz waren bisher sehr schwach, dagegen die der Rechten in der Stadt London sehr stark besucht.

Wien, 25. Febr. (Allg. Z.) So eben erhalte ich aus zuverlässiger Quelle die Nachricht, daß am 11. General Juchner im Maroschthale von dem zurückgedrängt wurde und auf Reismarkt sich zurückziehen mußte. Nicht die Tapferkeit, sondern die Niederträchtigkeit der Injurgenten hat diesen Sieg erkauft, der übrigens ihnen keine Früchte bringen wird. Durch die Horden verstärkt, welche General Gläser nach seinem Siege bei Arab vor sich hertrieb, heuchelte dem Unterwerfung, aber während der Unterhandlung wurde plötzlich eine Batterie demaskirt und ein mörderisches Kartätschenfeuer eröffnet. Namentlich litt das siebenbürgische Jägerbataillon sehr viel, das mit Helmen und Munitioh mußte sich zuletzt auch nur aus Mangel an Munition zurückziehen. Stutterheim zog sich auf Karlsburg zurück.

Verlässlichen Nachrichten zufolge hat General Knicanin die Vorstadt von Szegedin besetzt. Die Magyaren konzentriren sich nun bei Maria-Theresiopel und bereiten sich daselbst zu einer Hauptschlacht. Störnig wurde von den Ungarn gestürmt und eingekesselt. Ducianin lieferte ihnen aber dann ein blutiges Gefecht und trieb sie zurück. Ueber die Theis und Marosch stehend, brach unter ihren Hüfen die Eisdecke, und die ziemlich zahlreichen Truppen versanken zur Hälfte.

Wien, 25. Febr. Aus Anlaß der leider noch immer vorkommenden Attentate auf Schildwachen und einzelne Soldaten hat der Gemeinderath einen Preis von 200 bis 500 fl. auf die Ergreifung oder Anzeige des Thäters gesetzt.

In der vergangenen Nacht wurde auf der steinernen Wienbrücke nächst der Vorstadt Wieden abermals auf einen Soldaten geschossen; doch wurde derselbe nicht getroffen. Gestern Abend wurde in der Jägerzeile ein Kutscher und ein Reitknecht arretirt, bei denen man eine geladene Pistole vorfand. Beide sollen morgen erschossen werden.

Wien, 25. Febr. Die Wiener Zeitung bringt heute eine Schilderung der Vorgänge in Ferrara. Nach derselben wurden am 6. mehrere f. k. Soldaten tödlich mißhandelt und dadurch die zwischen den f. k. Truppen und dem Proletariaten von Ferrara geschlossenen Verträge verlegt. Ueberdies hatte das Volk die päpstlichen Wappen allenthalben herabgerissen, das Haus und Wappen des f. k. Konsuls zerstört und geplündert. Um nun der österreichischen Garnison Bürgschaften für ihre Sicherheit zu verschaffen, rückte eine f. k. Brigade unter Kommando des Generals Grafen Coronini (?) ohne Widerstand in Ferrara ein, und forderte von der Stadt für die verübten Frevel Genugthuung in folgenden Punkten: Auslieferung der am Morde der drei f. k. Soldaten Schuldigen — Stellung von 6 Geißeln — Wegräumung der Barricaden — Wiederaufrichtung der herabgerissenen Wappen — Bezahlung eines Straf- und Entschädigungsbetrages von 212,000 Scudi — Aufrechthaltung aller früher geschlossenen Konventionen. Nachdem diese Forderungen in der anberaumten Frist erfüllt und somit der Zweck der Expedition erreicht war, trat das f. k. Militär den Rückmarsch an, und traf am 20. wieder in Polesello ein.

Gestern Abend gesellte sich zu einem Soldaten des Bataillons Wocher ein ihm unbekannter Mann aus dem Zivilstande, um ihn zu begleiten. Beide führten ein Gespräch über unbedeutende Dinge. Als der Soldat, um den Heimweg einzuschlagen, sich von seinem Begleiter trennte und einige Schritte gegangen war, feuerte dieser eine Pistole auf ihn ab; der Schuß traf und verwundete den Soldaten schwer; der Thäter entfloh und konnte, trotz augenblicklicher Alarmirung, nicht ermittelt werden. Auch am Glacis soll gestern ein ähnliches Attentat versucht worden seyn.

Die Cholera scheint hier erloschen zu seyn; wenigstens hört man Nichts mehr von ungewöhnlichen Sterbefällen. Aus Pesh wird berichtet, daß Segebin genommen sey. Komorn hat Kapitulationsvorschläge überendet und darin freien Abzug für die Garnison mit Fahnen und Waffen verlangt, was aber zurückgewiesen wurde. Es fanden mehrere Verhandlungen von Juden statt, welche Banknotenpapier und dreifarbiges Fahnen nach Debregin schmuggeln wollten. Im Peshyer Komitee herrscht seit dem Einmarsche der f. k. Truppen die größte Ruhe. In Dsen ist eine Menge magyarischer Gefangenen, so wie eroberte Fahnen, Trommeln, und Waffen aller Art aus Eßegg angekommen.

Die Befestigung des Schlosses in Preßburg wird sehr rasch betrieben. Das alte Gebäude soll, dem entworfenen Plane gemäß, niedergedrückt und dafür ein entsprechendes Fort erbaut werden. Auch in Eßegg haben die Befestigungsarbeiten bereits begonnen. Der Neubau soll zu einer Zitadelle umgestaltet werden.

Frankreich.

Paris, 26. Febr. Von zwei verschiedenen Seiten kommt uns heute die Nachricht zu, daß 10,000 Oesterreicher in Ferrara eingerückt seyn, was hier natürlich als der erste Schritt einer bewaffneten Intervention Oesterreichs in Mittelitalien ausgelegt wird. Bis zur Stunde hat die französische Regierung übrigens noch keine Bestätigung dieser Nachricht erhalten, und in unsern diplomatischen Kreisen ist man geneigt, zu glauben, daß es sich nicht um eine Einmischung in die Angelegenheiten des Kirchenstaates, sondern um eine Genugthuung für die letzten Attentate handelt, welche von Einwohnern der Stadt Ferrara gegen österreichische Offiziere und Soldaten begangen wurden.

Wenn unsere Regierung in Bezug auf die römischen Angelegenheiten, als welche gemeinschaftlich erledigt werden sollen, keine österreichische Intervention gewärtigt, so besorgt sie eine solche um so mehr in Bezug auf Toskana, welches Land seit dem Jahr 1715 in Folge des Nachen Friedens eine Sekundogenitur Oesterreichs geworden ist. Es steht kaum zu erwarten, daß Oesterreich durch die windigen Phrasereien der toskanischen Demagogen sich abhalten lassen wird, seine Erbrechte auf Toskana sicher zu stellen. Eben um diese rechtlich begründete Intervention Oesterreichs in Toskana wo möglich zu umgehen, drang Frankreich so sehr darauf, daß König Karl Albert dem Großherzog von Toskana mit 12,000 Piemontesen zu Hilfe eilen möchte, um den Thron des Legtern wieder herzustellen. Der revolutionären Partei in Turin ist es indessen gelungen, dieses Projekt in dem Augenblick, als Gioberti es auszuführen im Begriff stand, zu hintertreiben. Gioberti selbst sah sich genöthigt, seine Entlassung zu nehmen, worauf Baron Chiodo, der bisherige Kriegsminister, den Auftrag erhielt, das sardinische Ministerium neu zu bilden. Es kommt nur darauf an, ob Baron Chiodo auch ein lebensfähiges Kabinett zu Stande bringt, da eine starke Partei in Piemont sich ganz einverstanden mit Gioberti dafür ausspricht, daß man die Regierung des Großherzogs Leopold in Toskana wieder herstellen müsse, damit die Revolution nicht in Piemont selbst weiter um sich greife. Siegt hingegen die Politik der Nichtintervention, zu der Baron Chiodo sich bekennt, so werden ohne Zweifel die Oesterreicher es über sich nehmen, die toskanische Republik über den Haufen zu werfen.

Unter diesen Umständen verdoppelt unsere Regierung ihre Bemühungen, den Ansichten Gioberti's die Oberhand zu verschaffen, und bietet Alles auf, daß Karl Albert ihn trotz des Geschreies der Wähler wieder an die Spitze der Geschäfte stelle, was um so leichter geschehen kann, als Baron Chiodo nicht Ansehen genug besitzt, um ein kräftiges Ministerium zu bilden. Karl Albert stimmt im naheliegenden Interesse seiner Krone mit der Politik Gioberti's überein, wagt aber nicht, mit Entschiedenheit aufzutreten, weil er fürchtet, daß in seinem eigenen Lande der Bürgerkrieg ausbrechen und es ihm alsdann eben so ergehen möchte, wie

dem Pabst und dem Großherzog von Toskana, welche sich übrigens gerade durch dieselbe Politik zu Grunde gerichtet haben, vermittelst deren er ihrem Schicksal auszuweichen hofft. In Turin ist jetzt der gordische Knoten, von dessen Lösung die Zukunft Italiens hauptsächlich abhängt. Die nächsten Tage müssen Entscheidendes bringen.

Paris, 27. Febr. Gestern Abend erhielt die französische Regierung die amtliche Bestätigung der am 18. erfolgten militärischen Besetzung der Stadt Ferrara von Seiten der österreichischen Truppen. Die unserm Kabinett gleichzeitig gegebenen Aufschlüsse über diesen Vorgang schließen jede weitere Absicht Oesterreichs, auf römischem Boden bewaffnet einzuschreiten, vollständig aus. Da die Behörden von Ferrara sich für machtlos erklärten, die wiederholten Attentate auf österreichische Soldaten zu verhindern oder zu bestrafen, so gab Marschall Radegky dem Generalleutnant Haynau mit 6000 Mann den Auftrag, die Polizei in Ferrara auszuüben, und zugleich die Bestrafung der Räubersführer bei dem neulichen Aufruhr, wobei drei österreichische Soldaten getödtet wurden, zu verlangen. Inzwischen sollen die Oesterreicher, wie bei den Vorgängen von 1831, die innere Bewachung von Ferrara an sich genommen haben, um auf alle Fälle gefaßt zu seyn.

Paris, 27. Febr. Der heutige Moniteur erklärt die gestern von dem National gerügte Abwesenheit des diplomatischen Korps bei der gottesdienstlichen Feier der Februarrevolution durch ein Mißverständnis bei der Austheilung der Einladungsarten, welches übrigens wieder gut gemacht worden sey, wiewohl zu spät, um alle Mitglieder des diplomatischen Korps bei Zeiten benachrichtigen zu können, daß in einer besondern Tribüne Plätze für sie aufbehalten waren. Die halboffizielle „Patrie“ theilt mit, daß die beiden Abgesandten der republikanischen Regierung von Rom noch nicht offiziell empfangen worden sind und wahrscheinlich auch gar nicht offiziell empfangen werden. Der Moniteur du Soir fügt hinzu, dies sey der Beschluß des Präsidenten der Republik und der Mehrheit des Ministeriums.

In dem Konferenzsaal der Nationalversammlung versicherte man gestern, daß die Intervention zu Gunsten des Pabstes beschlossen sey. Die intervenirenden Mächte wären Spanien, Portugal, Belgien, Piemont, und Neapel. Nach dem Corriere Mercantile von Genua vom 21. bestand sich der Großherzog von Toskana am 18. noch zu Porto San Stefano. Bei Pietra Santa hatte ein Scharmügel zwischen den Truppen des Generals De Laugier, die für den Großherzog sind, und den Republikanern stattgefunden.

Dankfagung.

Durch die Expedition dieses Blattes habe ich die weiter für mich eingegangenen milden Gaben, im Betrag von 7 fl. 30 kr., empfangen. Indem ich für die mir in meiner großen Noth geleisteten Unterstützungen den Gebern herzlich danke, wünsche ich, der liebe Gott möge sie reichlich dafür segnen.

Durlach, den 1. März 1849.

Johann Laumann.

Frankfurter Kurszettel. Staatspapiere.

| Frankfurt, 28. Februar. | | 23. Papier. | Geld. |
|-------------------------|---------------------------------------|-------------|---------|
| Oesterreich. | Metalliquesobligationen | 5 | 74 3/4 |
| " | " | 4 | 58 1/2 |
| " | " | 3 | 44 1/2 |
| " | Wiener Ban'aktien | 1187 | 1183 |
| " | fl. 500 Loose | 127 1/2 | 126 3/4 |
| " | fl. 250 Loose von 1839 | 80 1/2 | 79 1/2 |
| " | Beihmann'sche Obligationen | 4 | 63 1/2 |
| " | ditto | 4 1/2 | 73 3/4 |
| " | ditto | 3 1/2 | 80 1/2 |
| Preußen. | Preussische Staatsschuldscheine | 3 1/2 | 95 3/4 |
| " | 50 Dkt. Prämien'scheine | 3 1/2 | 78 1/2 |
| Baden. | Obligationen | 3 1/2 | 49 1/2 |
| " | 50 fl. Loose vom Jahr 1840 | 28 1/2 | 28 1/2 |
| " | 35 fl. Loose vom Jahr 1845 | 3 1/2 | 92 |
| Frankfurt. | Obligationen vom Jahr 1839 | 3 1/2 | 88 1/2 |
| " | ditto v. J. 1846 | 3 1/2 | 77 1/2 |
| " | ditto | 3 | 288 |
| Kurbessen. | Taunusaktien à 250 fl. ohne Div. | 27 1/2 | 27 3/4 |
| Bayern. | Bankaktien | 3 | 611 |
| " | Obligationen | 3 1/2 | 78 3/8 |
| Darmstadt | Obligationen | 4 | 87 1/2 |
| " | ditto | 3 1/2 | 79 3/4 |
| " | Partialloose à fl. 50 | 23 | 22 3/4 |
| " | ditto à fl. 25 | 23 | 20 1/4 |
| Nassau. | Obligationen bei Rothschild | 3 1/2 | 81 1/2 |
| " | Partialloose à fl. 25 | 20 3/4 | 20 1/4 |
| Holland. | Integralen | 2 1/2 | 50 1/2 |
| Würtemb. | Obligat. b. Rothschild n. Erschein. | 4 1/2 | 94 3/8 |
| " | ditto | 3 1/2 | 79 1/2 |
| Sardinien. | Partialloose à Fr. 36 b. Gebr. Beihm. | 5 | — |
| Spanien. | Span. Anleihen incl. 15 Coup. | 3 | 23 |
| " | ditto inländische | 3 | 22 1/2 |
| Polen. | fl. 300 Loose à 105 fr. pr. Compt. | 4 | 10 1/2 |
| " | Obligationen à fl. 500 | 4 | 74 1/4 |
| Portugal. | Obligationen in L. St. à fl. 12 | 3 | — |

Frankfurt, 28. Febr. Die Börse am heutigen Abrechnungstag war im Ganzen williger als gestern. Für die meisten Gattungen der Fonds und Eisenbahn-Aktien zeigte sich gegen baar mehr Begeh, und dieselben gingen bei ansehnlichem Umsatz im Kurs höher. Nach der Börse ohne Veränderung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

| Am 15., 16. Febr. | Abends 9 U. | Morg. 7 U. | Mitt. 2 U. |
|--------------------------------|--------------|------------|------------|
| Lufdruck red. auf 10° R. | 28.48 | 28.41 | 28.41 |
| Temperatur nach Reaumur | 5.1 | 5.1 | 7.2 |
| Feuchtigkeit nach Prozenten | 0.86 | 0.86 | 0.83 |
| Wind und Stärke (4 = Sturm) | SW | SW | SW |
| Bewölkung nach Zehnteln | 1.0 | 1.0 | 1.0 |
| Niedererschlag Par. Kub. Zoll. | 0.7 | — | — |
| Berdunstung Par. Zoll Höhe | — | 2.7 | 3.1 |
| Dunstdruck Par. Lin. | 2.7 | 2.7 | 3.1 |
| 15. Februar. | trüb, vorper | trüb, bald | trüb. |
| Therm. min. 4.6 | Regen- | Regen- | — |
| " max. 5.1 | tropfen. | tropfen. | — |
| " med. 4.9 | — | — | — |

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giehe.

